

Die Meinung

Zeitung der DKP Wedel

Mai

44. Jahrgang

2013

Wedeler Wohnungen werden Luxusartikel

Interview mit Ratsmitglied Stephan Krüger (Fraktion Die Linke Wedel)

Die Meinung: Die Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt wird durch das schrittweise Einfrieren des Sozialen Wohnungsbaus gekennzeichnet. Der Deutsche Städtetag hat auf seiner letzten Konferenz im April in Frankfurt am Main festgestellt, dass in den großen Städten und Metropolregionen Haushalte mit geringem Einkommen keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden. Münchens Oberbürgermeister Christian Ude hat sogar festgestellt, dass aktuell die Mieten so rasant steigen, dass auch Haushalte mit mittlerem Einkommen in Schwierigkeiten geraten. Wie siehst Du die Situation in Wedel?

Stephan Krüger: In Wedel fehlen mindestens 1000 preiswerte Wohnungen. Nach einer Statistik des Fachbereichs Soziales in Wedel ist die Zahl der Sozialwohnungen in der Stadt von 1.709 im Jahre 1997 auf 695 im Jahre 2012 gesunken. Die Zahl der Bewerber für eine Sozialwohnung betrug am Ende des vergangenen Jahres 623. Dagegen gab es nur 30 Vermittlungen durch die Stadt.

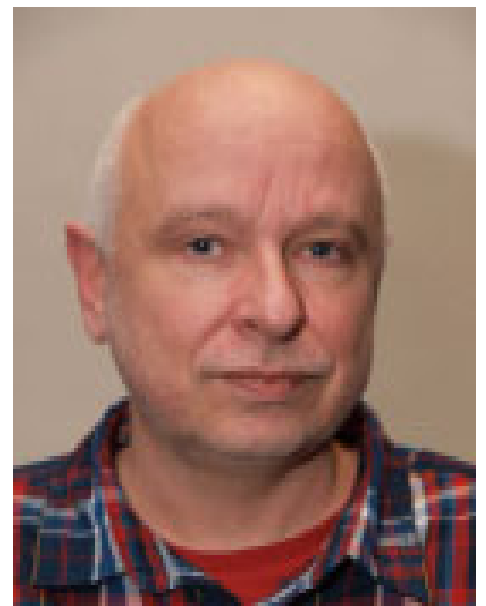
Die Meinung: Worin siehst Du die Ursachen für diese katastrophale Entwicklung? Müssen wir das einfach als systembedingt hinnehmen oder gibt es Möglichkeiten, vor Ort durch eine sozial ausgerichtete Kommunalpolitik Veränderungen zu erreichen?

Stephan Krüger: Unsere kleine Fraktion hat immerhin in den städtischen Gremien ein Bewusstsein von Wohnungsnot und Mietpreisexplosion erreicht. Das ist zwar noch nicht viel, aber immerhin ein Anfang. Vor fünf Jahren erklärten sich CDU und FDP prinzipiell gegen die Schaffung preiswerten Wohnraums. Die CDU war sogar stolz darauf, einen Beschluss gegen den sozia-

len Wohnungsbau durchgesetzt zu haben. SPD und Grüne ignorierten noch vor drei Jahren die soziale Dimension dieses Problems. Dabei gab es schon damals Aufforderungen an Aufstocker, Rentner und Alleinerziehende, die ihre Miete nach Öko-Sanierung nicht mehr tragen konnten. Der Bürgermeister schrieb alles Wedels attraktiver Lage an der Elbe und der Nähe zu Hamburg zu.

Die Meinung: Was hat Eure Fraktion konkret unternommen?

Stephan Krüger: Zunächst haben wir beharrlich an unseren Forderungen nach sozialem Wohnungsbau festgehalten – auch, wenn uns CDU-Ratsmitglieder in arroganter Weise verspotteten. Wohnen ist für uns ein Grundrecht, das eigentlich im Katalog der verfassungsmäßigen Grundrechte verankert werden müsste. Dann haben wir unsere Zustimmung zu Bauvorhaben von der Bereitstellung von Wohnungen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau abhängig gemacht. Im Mai 2011 überschrieb das Wedel-Schulauer Tageblatt einen Artikel über Modernisierung und Neubau im Quartier am Tinsdaler Weg „Sozialwohnungen ausgeschlossen“. Die Deutsche Kreditbank als Eigner der Wohnungen hatte die Beantragung von Fördermitteln als nicht attraktiv bezeichnet. Wir haben uns an die Seite der betroffenen Mieter gestellt. Heute würde eine solche Schlagzeile in der Zeitung auf helle Empörung stoßen. Sogar der Bauunternehmer Joachim Rehder erklärt heute – zwar noch unter Vorbehalten – die Bereitschaft, im ehemaligen Baumschulgebiet auch Sozialwohnungen zu errichten. Ich erinnere außerdem an einen gemeinsamen Antrag von Linksfraktion, Grüne und SPD, das städtische Grundstück am Kirchstieg nicht einfach nach Höchstpreisgebot zu verkaufen sondern auch soziale und öko-



Stephan Krüger (Die Linke Wedel)

logischen Kriterien zu berücksichtigen. Es gibt also inzwischen ein Umdenken, das wir begrüßen.

Die Meinung: Welche Ziele werden im Wahlprogramm der Linken für die kommende Legislaturperiode zu diesem Problem genannt?

Stephan Krüger: Wir fordern Erhaltungssatzungen zum Schutz von Mieterinnen und Mietern, die noch in preiswerten Wohnungen leben, zum Beispiel für die Wohnungen am Galgenberg und Tinsdaler Weg. Bebauungspläne und Satzungen ab zehn Wohnungen aufwärts dürfen nach unserer Meinung nur dann genehmigt und erlassen werden, wenn sich die Investoren verpflichten, 30 Prozent ihrer Wohnungen über den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten. Und schließlich für Wedel eine eigene Kommunale Wohnungsbau-gesellschaft.

Die Fragen stellte Günther Wilke

Keine Stimme und keine Fußbreit den Nazis

CDU und FDP stimmten für NPD- Kandidatur im Kreis

Zwei Monate vor den Kommunalwahlen, die am 26. Mai stattfinden, alarmierte diese Meldung alle antifaschistischen demokratischen Kräfte im Kreis Pinneberg und im Land Schleswig-Holstein: Die NPD tritt zum Kreistag flächendeckend in allen 25 Wahlkreisen und außerdem mit 14 Kandidaten zur Ratsversammlung Uetersen an. Die Nazi- Partei macht sich Hoffnungen, bald auch in diesen beiden Parlamenten vertreten zu sein, weil es bei Kommunalwahlen keine 5-Prozent- Klausel gibt. Außerdem lehnt sich der unrühmlich bekannte Landesvorsitzende der Nazi- Partei, Ingo Stawitz aus Uetersen, behaglich in seinem Sessel zurück, denn gerade erst hatte die CDU/ FDP- Bundesregierung erklärt, keinen Verbotsantrag stellen zu wollen. Auch die Kandidatur zur Wahl machte ihm von offizieller Seite niemand streitig, denn der Kreiswahlausschuss entschied sich mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltungen von SPD und SSW und einer Gegenstimme der Grünen für eine Kandidatur der NPD. CDU und FDP beriefen sich auf die Gesetzeslage, die es allen nicht verbotenen Parteien gestatte, sich an allen Wahlen zu beteiligen. Und Ingo Stawitz frohlockte nicht nur, er kündigte an, dass Schleswig- Holstein den 500 Mandaten der NPD in Städten und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland weitere hinzufügen werde. Bisher hatte seine Partei im nördlichen Bundesland nur je

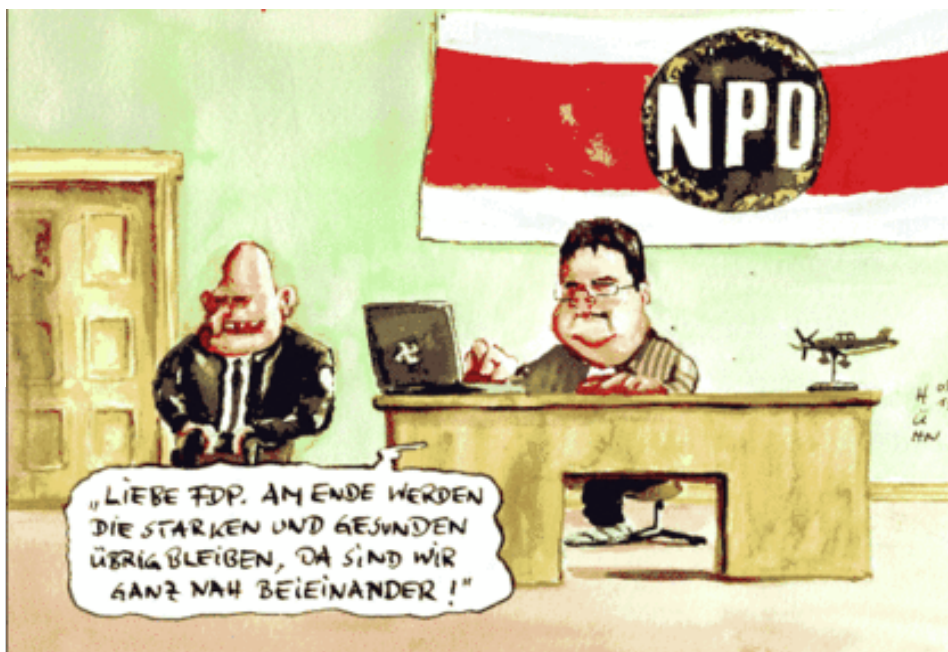
einen Abgeordneten in der Kieler Ratsversammlung und im Kreis Herzogtum Lauenburg. Diese beiden treten auch jetzt wieder an – als Spitzenkandidaten von rechten Bündnislisten. Als NPD treten die Braunen außerdem in der Stadt Neumünster auf. Sie beweisen damit, dass sie trotz Verbotsantrag der Bundesratsmehrheit weiter handlungsfähig sind. Skandalös ist angesichts dieser Fakten die verharmlosende Begründung der Bundesregierung, es lohne sich nicht die NPD zu verbieten, denn diese sei so gut wie tot. CDU und FDP verzichteten in diesem Jahr auf die Wahrnehmung ihrer Möglichkeit, durch Einzelabstimmung im Wahlausschuss ein Signal gegen weiteres Vordringen der Nazi- Partei zu setzen. Bei der letzten Landtagswahl hatte allein der Kreiswahlleiter aus formalen Gründen die Kandidatur der NPD befürwortet, die anderen Mitglieder hatten sich enthalten oder dagegen gestimmt. Dabei hatte die Kreisvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi- regimes, Bund der Antifaschisten, auch in diesem Jahr wieder an den Wahlausschuss appelliert, gegen die Zulassung der NPD zu stimmen, weil allein schon die Ideologie der Nazi- Partei mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar ist. In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Aber die NPD und die mit ihnen verbündeten

so genannten Freien Kameradschaften halten am Rassismus fest, der die Menschen in höher- und minderwertig einteilt. Diese Ideologie führt letztlich immer wieder zu Gewalttaten von Nazis gegen Menschen mit ausländischen Wurzeln, gegen Obdachlose und Behinderte. Die Morde des „NSU“ sind ja nur die Spitze des Eisbergs.

Der NPD- Landesvorsitzende in Schleswig- Holstein, Ingo Stawitz, ist selbst kein unbeschriebenes Blatt. 2005 wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung an einer Antifaschistin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er leugnet nicht nur die Kriegsschuld Deutschlands sondern auch den Holocaust. Stawitz gehörte in den 1990er Jahren als DVU- Abgeordneter dem Kieler Landtag an, wo er seine antisemitische und antiziganistische Gesinnung offenbarte. In diesen Tagen warnte ver.di. Nord in einem Flugblatt „Keine Nazis wählen“ vor einer Stimmabgabe für die NPD. Die Gewerkschaft forderte ein Verbot der NPD und deren Auflösung. Zu Recht wird betont: „Wo staatliches Handeln selbst dem Verbot entgegensteht, muss dieses sofort beendet werden“. Dieser Forderung kann man sich nur anschließen.

Günther Wilke

ViSdP:
Günther Wilke
Tel 3486
Fotos:
Meinung(20)



Treibhausgas/Klimawandel

Unter Treibhausgasen versteht man die Schadstoffe, die aus fossiler Verbrennung also der Verbrennung von Gas, Erdölprodukten und Kohle entstehen, besonders CO₂. Der CO₂-Ausstoß in Deutschland stieg 2012 wieder um knapp 2% an. Das liegt -laut Umweltbundesamt- „an einer merklichen Zunahme der Emissionen im Energiebereich“.

Spitzenreiter in Sachen Klimaschutz sind die privaten Haushalte. Von 2005-2011 sanken die Emissionen um 27,7%.

Rund die Hälfte der weltweiten Emissionen reichern sich in der Atmosphäre an und führen zu einer Erwärmung des weltweiten Klimas. Die andere Hälfte wird von der Biosphäre und den Ozeanen aufgenommen. Das führt u.a. zur Versauerung der Meere und seinen Folgen für div. Nahrungsketten.

Die Wunderwaffen der Energiewende

17 Millionen t CO₂

3 Kanonen feuern auf Roland und den Rest der Welt

Kanzlerin Merkel hat am 6. Mai in Berlin Klimaalarm gegeben. Sie forderte die Weltgemeinschaft auf, bis 2015 einen für alle Staaten verbindlichen Vertrag zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen abzuschließen. Sie warnte vor „Nichtstun“. Selbst wenn ab morgen kein CO₂ mehr ausgestoßen würde, sei eine Begrenzung der Erwärmung der Erde auf 2 Grad nicht mehr zu erreichen. „Nichtstun bedeutet, daß es uns insgesamt viel, viel teurer kommt.“

Von der Weltgemeinschaft hat Merkel gesprochen, nicht von Wedel und seiner Umgebung. Hier lebt man in einer Parallel-

Wedel 2 Millionen t

Stade 6 Millionen t

Moorburg 9 Millionen t

gesellschaft und hat einen ganz anderen Zugang zum Treibhaus als Frau Merkel und die Weltgemeinschaft. Hier und einen Steinwurf entfernt läßt man Vattenfall und Dow Chemical drei CO₂ Kanonen - XXL-extrem large - planen und bauen und kritisiert sie extrem lasch und redet die Probleme Hänschen klein.

Am Samstag auf dem Kirchentag hat Frau Merkel noch von der Notwendigkeit der Bewahrung der Schöpfung gesprochen.

Schon am Dienstag auf der Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien zur Kommunalwahl der Bürgerinitiative „Stop!Kein Megakraftwerk in Wedel“, hörte man zwischen den Zeilen immer wieder vom Gewicht der Bewahrung der Mehrwertschöpfung durch Vattenfall.

Am Besten gelang das Herrn Dr.Thöm als FDP-Vertreter. Als ihm auffiel, daß alle im Saal den Eindruck hatten er vertrete die Vattenfall Position, versuchte er die Flucht nach - ja wohin eigentlich?- und sagte „es scheint ihnen so als vertreten wir hier die Vattenfall-Pläne, dem ist aber nicht so.“ Und suchte Schutz: „alle wa-

ren doch dafür“, als es um den Aufstellungsbeschluß für das geplante Gaskraftwerk ging, und es werde doch weniger Belastung für die Bürger geben, und sie -die FDP- hätte doch Vattenfall Fragen gestellt...

Die CDU war erst gar nicht erschienen. Nach einer Zusage an die BI sagten sie kurzfristig ab.

Ihr Vertreter Schernikau hatte sich kurz zuvor bei einer ähnlichen Podiumsdiskussion beim DGB symbolische blaue Flecken geholt, als er frischfromm verkündete, man sei natürlich für das GuD. Das

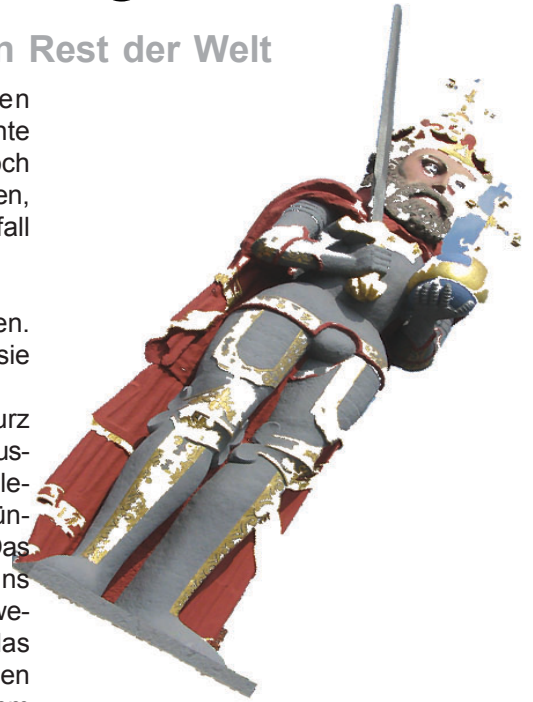
Gaskraftwerk werde - da sind wir uns doch alle einig - bedeutend weniger CO₂ ausstoßen als das Kohlekraftwerk. Blaue Augen hat er also auch, wer hat ihm

die nur geschlagen. Die CDU jedenfalls erklärt in ihrem Wahlprogramm, sie werde „Vorreiter der Energiewende bleiben.“

Für die SPD saß Herr Rüdiger auf dem Podium. Der war auf allen Sitzungen und Veranstaltungen der Bürgerinitiative durch seine Mitarbeit aufgefallen und erklärte nun - zur Irritation der Anwesenden - er sei nicht Mitglied der Bürgerinitiative. Er vertrat die SPD-Position: für das geplante Gaskraftwerk. Man müsse allerdings das gesamte Planungs- und Bauverfahren kritisch begleiten.

Thomas Grabau vertrat die Grünen. Er erklärte, man habe im vergangenen Jahr für die Vattenfall-Pläne gestimmt und man stehe jetzt zu dem Beschluß. Hätte man allerdings das Wissen von Heute gehabt, hätte man dagegengestimmt. Grabau - und auch Dr.Barkan für die SPD - sagte man brauche das Gaskraftwerk für eine Übergangszeit um im Bedarfsfall schnell hoch- und heruntergefahren zu werden.

Stephan Krüger für die Linke erläutere den Wandel in der Position seiner Fraktion. Man bereue die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluß vom vergangenen Jahr und kämpfe seit langem an der Seite der Bürgerinitiative gegen das GuD. Der Standort sei ungeeignet, viel zu nah am reinen Wohngebiet.



Ein Kraftwerk in der geplanten Größenordnung sei ökonomisch überflüssig und ökologisch nicht vertretbar. Fernwärme sollte in der Nähe der zu versorgenden Haushalte produziert und nicht über 20 km lange Leitungen mit großen Verlusten transportiert werden.

Er kritisierte, daß die Stadt ihre Mitwirkungsmöglichkeiten durch den Verzicht auf einen Bebauungsplan für das Kraftwerksgelände aus der Hand gegeben habe und versprach, die Belange der Anwohner weiterhin im Parlament und außerhalb zu unterstützen. Krüger war übrigens der einzige Podiumsteilnehmer, der mit Applaus bedacht wurde.

Besser Gas als Kohle, Hauptsache erneuerbar, hört man CDU, SPD, FDP und Grüne singen zum geplanten Gaskraftwerk. Egal ob Gas oder Kohle, sie sind -leider- unverzichtbar für die Energiewende sagen sie, wenn es um Moorburg und die geplanten Kraftwerke in Stade und Wedel geht. Die vier sind die Wunderwaffenträger für Vattenfall & Co, sie waschen sich und die CO₂-Kanonen grün, preisen deren Eigenschaften: innovativ, substantiell, erneuerbar bis wunderbar. Dem Publikum der Kakao und wir ziehen euch da durch bis zum Gud.

PS: CO₂ konnten wir noch nie gut, das ist Chefsache. Wer aber ist der Chef?

Das Bündnis „Die Linke“



Wahlkreis 1
Schule Altstadt
Johannes Schneider



2
Joh.-Rist-Gymnasium:
Peter Schmitt



3
Moorwegschule
Imme Strüven



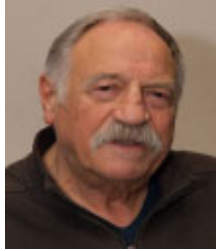
4
Moorwegschule
Marianné Wilke



5
A-Schweitzer-Schule
Astrid Sawatzky



6
Geb.-Humboldt-Schule
Malte Warncke



7
Geb.-Humboldt-Schule
Dieter Strüven



8
Volkshochschule
Dr. Detlef Murphy



9
Geb.-Humboldt-Schule
Horst Warncke



10
Ernst-Barlach-Schule
Herbert Offermanns



11
Schule Altstadt
Günter Chmielewski



12
Joh.-Rist-Gymnasium
Heinz Brüggemann



13
Ernst-Barlach-Schule
Mustafa Gürbüz



14
A-Schweitzer-Schule
Stephan Krüger



15
Volkshochschule
Berthold Nemitz



16
A-Schweitzer-Schule
Jens Wilke

Kandidatinnen und Kandidaten

Stadtwerke schalteten Strom ab

Verzweifelter Mieter half sich selbst

Die Schlagzeile auf der Lokalseite des „Wedel-Schulauer Tageblatts“ vom 2. Mai war schockierend: „Wedeler macht Feuer im Backofen – Strom abgedreht. Hans- Böckler- Platz-Mieter hilft sich selbst“. Was war passiert? Einem 37 Jahre alten Mieter, der mit der Bezahlung seiner Stromrechnung in Rückstand geraten war, schalteten die Stadtwerke den Saft ab. In seiner Verzweiflung baute er sich in seinem Backofen eine Feuerstelle, um sich Kaffee zu kochen. „Etwas Warmes braucht der Mensch“, heißt es im Tageblatt. Brandgeruch alarmierte die Feuerwehr, die mit mehreren Fahrzeugen anrückte. Dabei wurde der Verursacher ermittelt. Die Polizei nahm den Mann fest und ließ ihn vom Amtsarzt untersuchen, der ihn in die Psychiatrie einwies. Entwarnung: verletzt wurde niemand, weder durch Feuer noch durch Rauch. Nun stellt ein naiver Leser die Frage, ob alle Kunden, wenn sie nicht zahlen können oder wollen, in die „Klapps-

mühle“ eingewiesen werden. Der 37 Jährige war einer von elf Wedelern, deren Stromleitung zurzeit gesperrt sind. Was passiert mit den anderen? Wie lange sind sie im Durchschnitt ohne Strom? Die Stadtwerke berufen sich auf ihr Recht. Wer hilft den Be-

troffenen? Haben wir es mit einem klassischen Fall zu tun nach dem alten geflügelten Wort: „Ihr lasst den Armen schuldig werden und übergebt ihn dann der Pein.“? Aufklärung ist gefordert – nicht juristisch sondern moralisch und praktisch. Wi.

